

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



National- und Ständeratswahlen
Wie wähle ich richtig? Seite 22

Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig. Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

Kommentar

Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



Toni Brunner

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Ab Seite 11:

Das SVP-Rezept für einen starken Kanton Bern: Rösti mit Rösti und 2 starke Listen

Sicher und frei bleiben

SVP wählen

Nationalratswahlen
18. Oktober 2015



Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.



Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im Nationalrat

02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat und Ständeratskandidat, Gretzenbach (SO)

Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezügler sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

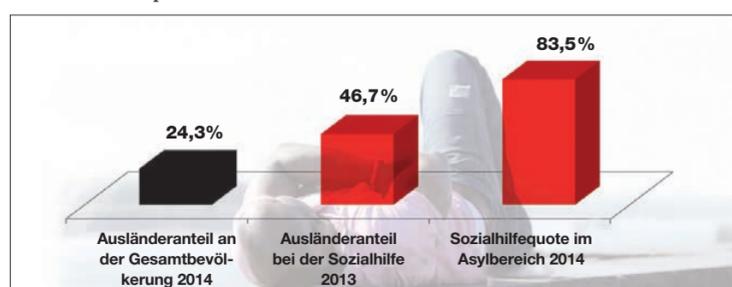
Belastete Arbeitslosenversicherung

Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0% Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4% Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6% Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

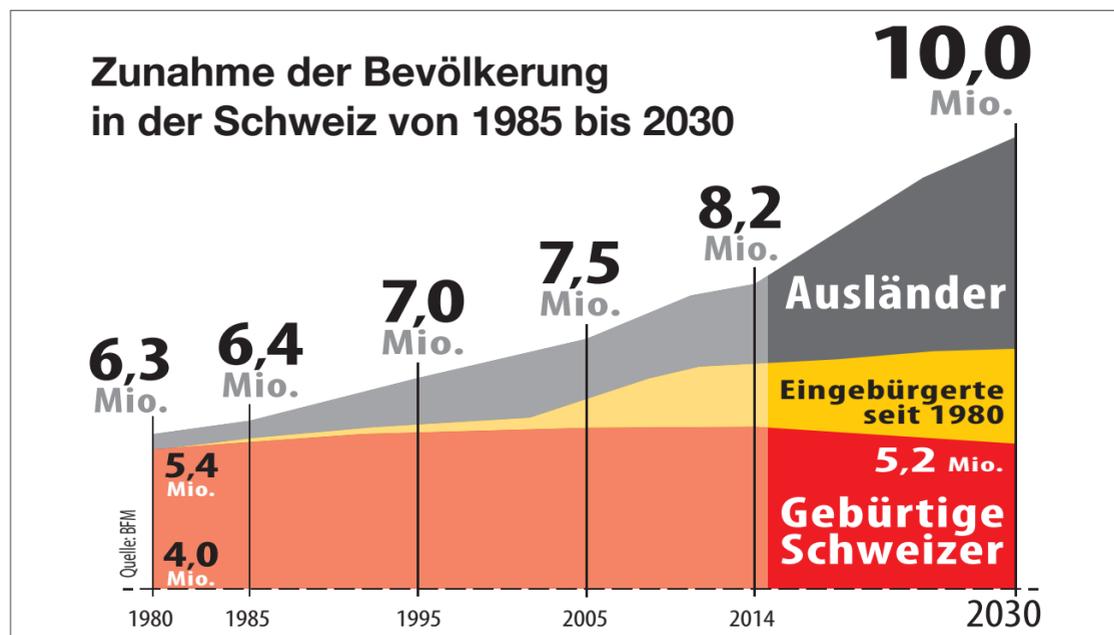
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Ausländer



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosig-

keit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingengt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

www.selbstbestimmungsinitiative.ch



«Denn hier bestimmen wir!»



Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Arbeitsplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrates zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

Gesamtpaket mit Sprengstoff...
Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

Taschenspielertricks statt Klarheit

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!

Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: www.svp.ch

Die SVP-Parteileitung 2014/2015



TONI BRUNNER
Parteipräsident (SG)



ADRIAN AMSTUTZ
Fraktionspräsident (BE)



NADJA PIEREN
Vizepräsidentin (BE)



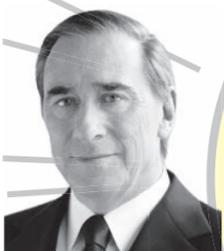
OSKAR FREYSINGER
Vizepräsident (VS)



LUZI STAMM
Vizepräsident (AG)



CHRISTOPH BLOCHER
Vizepräsident (ZH)



WALTER FREY
Vizepräsident (ZH)



JUDITH UEBERSAX
Vizepräsidentin (SZ)



CLAUDE-ALAIN VOIBLET
Vizepräsident (VD)

Tradition hat einen Namen: SVP.



Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftraktes mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

DESHALB AM 18. OKTOBER
SVP WÄHLEN.

2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



Von der Bauern- und Gewerbeartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbeartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6%.



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarette



NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy
 Folge Willy im Internet: www.svp.ch/willy
 Folge Willy auf Facebook: www.facebook.com/wachhundwilly



Interview

Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

Kampf der Willkür

Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

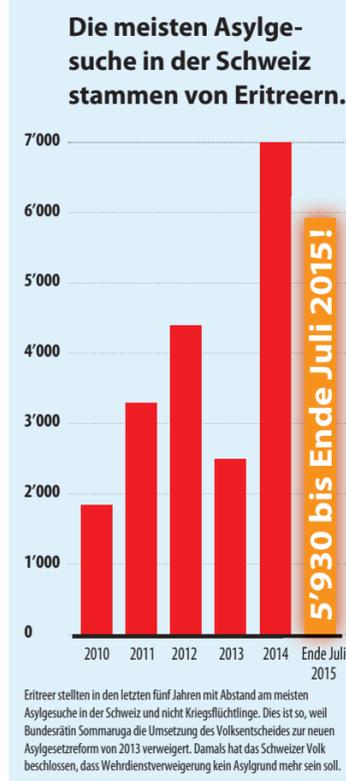
Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,
Nationalrat,
Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ▶ $\frac{2}{3}$ aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal $\frac{1}{3}$).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- ▶ Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.
- ▶ Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

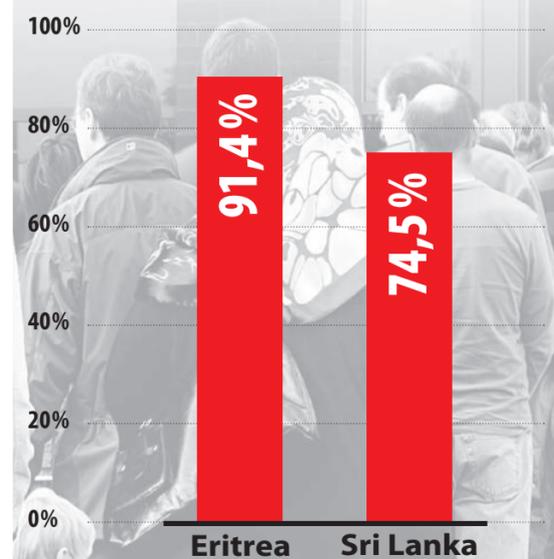
- ▶ Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.
- ▶ Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.
- ▶ Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

Kommentar

Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,
Nationalrätin und
Ständeratskandidatin,
Kriens (LU)



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?



Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Frei bleiben - SVP wählen!
www.svp.ch



SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Wettbewerb

Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- G Ist am Kuchenbacken
- W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- S Hat keine Freunde



- O Entspannt sich nach der Arbeit
- C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- OM Liest wie immer die WQZ auf dem Klo
- IE Hat den Verlag gewechselt



- ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- UN Sammelt alte Radios



- O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- D Ist neu Hausmann



- L Macht Werbung für Zahnpasta
- S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengestelle ab



- V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: _____

Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

Jetzt den Song

Welcome to SVP kaufen!

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.
- Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____



www.svp.ch

Die Partei des Mittelstandes

**Unser Ziel:
Ihre Sicherheit**

18

Wir setzen uns ein für Ihre Sicherheit: für eine starke, gut ausgerüstete Armee, für die Konzentration der Polizeimittel auf die Kriminalitätsbekämpfung und für die konsequente Ausschaffung ausländischer Straftäter.

**Unser Ständeratskandidat:
Albert Rösti**

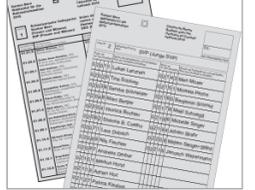
12

Mit Nationalrat Dr. Ing. Agr. Albert Rösti kandidiert eine hoch qualifizierte, erfahrene und engagierte Persönlichkeit für den Ständerat – damit der Kanton Bern eine starke bürgerliche Stimme hat!

**Unser Nationalratsteam –
46 Köpfe für Bern**

14

Von 18 bis 62 Jahren, vom östlichen Oberland über die Städte bis hinauf nach La Neuveville und vom Lehrling über den Studenten bis zum Unternehmer: Die SVP – eine echte Partei des Volkes!



Bern vorwärts bringen!

Wir kennen den Kanton Bern als Verwaltungsstandort und Sitz des Bundeshauses. Bern ist aber auch ein Industrie-, Gewerbe- und Werkplatz mit Potential. Die bernische SVP kämpft dafür, dass dieses Potential auch genutzt wird und Bern ein Ort zum Leben, Wohnen, Arbeiten und Politisieren ist.



Der Kanton Bern mit seiner vielfältigen Landschaft ist schön, aber es fehlt uns an finanziellem Handlungsspielraum! Die Zeiten haben sich geändert. Für eine positive Zukunft brauchen wir ein breiteres Angebot an Arbeitsplätzen und eine gesunde dezentrale Entwicklung. Die Zentralisierungen der letzten Jahre haben sich als nachteilig erwiesen. Hohe Kosten, mehr Koordinationsaufwand und längere Wege sind die Folge. Es ist höchste Zeit, Gegensteuer zu geben.

Nur ein guter Mix aus Landwirtschaft, Gewerbebetrieben und hochspezialisierten Firmen bringt die nötige Wertschöpfung und sichert gleichzeitig die Lebensqualität. Die Basis für diesen Mix ist ein leistungsfähiges Transportnetz mit Schiene und Strasse, eine sichere Versorgung mit günstiger Energie aus unseren bernischen Kraftwerken, einfache Bewilligungsverfahren und konkurrenzfähige Unternehmenssteuern. Dafür setzen wir uns ein.

Pendlerströmen entgegenwirken

Der Kanton muss aber auch als Wohnkanton wieder attraktiver werden. Heute wohnen zu viele bernische Arbeitnehmende in Nachbarkantonen. Dies lohnt sich trotz täglichem Pendeln, denn sie bezahlen dort weniger Steuern, Abgaben und Gebühren und wohnen oft erst noch billiger. Dem Kanton fehlen dadurch Steuereinnahmen und gleichzeitig entstehen hohe Kosten auf Grund der Überlastung des Verkehrsnetzes durch den Pendlerverkehr.

Zentral für einen attraktiven Kanton ist auch die Gewährleistung der Sicherheit.

Die SVP fordert seit langem, dass für Polizei und Armee die nötigen Ressourcen bereitgestellt und diese sinnvoll eingesetzt werden. Terror- und Kriminalitätsbekämpfung müssen Priorität haben. Wichtig ist auch, dass der Strafvollzug eine abschreckende Wirkung hat und dass verurteilte ausländische Kriminelle ausgeschafft werden.

Die bernische SVP engagiert sich mit voller Kraft für einen attraktiven Kanton Bern als Arbeits-, Wohn- und Produktionsstandort. Wir Bernerinnen und Berner wollen auf eigenen Füßen stehen und nicht am Tropf des interkantonalen Finanzausgleichs hängen.

Wir bringen den Kanton Bern vorwärts – im Interesse der gesamten Schweiz! Mit einem Wahlerfolg am 18. Oktober! Danke für Ihre Stimme!

Werner Salzmann, Mülchi,
Präsident SVP Kanton Bern

Liberté et sécurité



Votez UDC

Liste **1** ou **2**Elections au Conseil national
du 18 octobre 2015

Aller de l'avant

En tant que présidente du Grand Conseil j'ai eu, l'an passé, l'occasion de mieux connaître notre magnifique canton dans toute sa diversité.



protection de l'enfant et de l'adulte. Le canton de Berne a d'importants défis à moyen et à long terme à relever et il doit procéder à des adaptations ciblées, prudentes et novatrices pour accroître son attractivité dans la concurrence intercantonale et internationale.

L'UDC donne de précieuses impulsions à ce développement, que ce soit dans les finances cantonales, en politique de sécurité, dans la santé publique ou en politique économique. Cet engagement est très remarqué: selon le dernier classement de la société cantonale de l'industrie et du commerce, les députés UDC au Grand Conseil ont voté le plus près des intérêts économiques.

Nous nous engageons à tous les niveaux, de la commune jusqu'au Conseil national, pour faire avancer notre canton. Mais pour garantir le succès de notre politique de droite, il est important que nous soyons représentés le plus fortement possible dans tous les organes politiques.

A vous d'agir dans ce sens lors des élections au Conseil national et au Conseil des Etats du 18 octobre prochain! Nous vous remercions vivement par avance de nous donner votre voix.

Béatrice Struchen, Grossrätin, Epsach

Sicher und frei bleiben



SVP wählen

Liste **1** oder **2**Nationalratswahlen
18. Oktober 2015

Dans chacune des régions que j'ai visitées, j'ai pu me rendre compte de tout ce que notre canton nous offre: deux langues, une infrastructure performante, des paysages intacts, des entreprises de haute technologie, des arts et métiers, des fermes bien entretenues, une Université, etc.

Il s'agit de non seulement conserver ces avantages qui font l'attractivité du canton de Berne, mais surtout de les développer. A notre époque où tout va très vite, s'arrêter c'est reculer. Allons donc de l'avant! Mais tout en progressant, ne commettons pas l'erreur de suivre les yeux fermés toutes les tendances qui s'affichent. L'une d'entre elles porte le nom à la mode de "professionnalisation". Pour en illustrer un aspect négatif, je cite le dispositif de

Albert Rösti – Ihr Ständerat für

Albert Rösti ist ein Ständerat für alle Bernerinnen und Berner: Als Bauernsohn, aufgewachsen in Kandersteg, kennt er die Sonn- und Schattenseiten der Landwirtschaft. Als Familienvater und Gemeindepolitiker ist er mit den Bedürfnissen der Bevölkerung bestens vertraut. Als langjähriger kantonalen Kadermitarbeiter kennt er den Kanton Bern und dessen Verwaltung. Als Nationalrat, ehemaliger SMP-Direktor und heutiger Inhaber einer GmbH ist er auch in Politik und Wirtschaft bestens vernetzt.



Albert Rösti – der Familienmensch

Albert Rösti ist verheiratet und Vater zweier Kinder (André Albert, Jg. 1996; Sarina Theres, Jg. 2000). Seine Frau Theres lernte er bereits im Gymnasium kennen. So, wie seine Frau ihn unterstützt und ihm für Beruf und Politik den Rücken freihält, ist es auch umgekehrt: Wenn Theres Rösti Einsätze hat als Flight Attendant der Swiss, ist er für die Betreuung der beiden Kinder zuständig.

Albert Rösti setzt sich nicht nur in der Politik und in der Familie, sondern auch in verschiedenen Organisationen ein, so etwa für das nationale Nordische Skizentrum Kandersteg, die Stiftung für bürgerliche Politik, die Aktion für vernünftige Energiepolitik oder für den Verein Volkswirtschaft Berner Oberland.

Erfolgreiche Führungspersönlichkeit mit ländlichen Wurzeln

Albert Rösti hat trotz oder besser gesagt dank seiner Ausbildung (Dr. sc. techn. ETH, Dipl. Ing. Agr. ETH, MBA Bern/Rochester) nach wie vor einen starken Bezug zu seiner ländlichen Herkunft. Dies zeigt sich nicht zuletzt in seinem beruflichen Werdegang: Er war Landwirtschaftslehrer und Beratungsleiter der Bergbauernschule Hondrich, Kadermitarbeiter im Amt für Landwirtschaft und Natur

(LANAT), Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirection des Kantons Bern und Direktor der Schweizer Milchproduzenten (SMP). Seit 2013 ist er selbständig und leitet die GmbH Büro Dr. Rösti, welche Dienstleistungen in den Bereichen Public Affairs und Projektmanagement, Beratungen für Wirtschaft und Politik anbietet.

Schon früh konnte er nicht nur berufliche, sondern auch politische und akademische Erfolge feiern. So erhielt er etwa 1997 die Silbermedaille der ETH Zürich für seine Diplomarbeit, ihm gelangen die schwierigen Restrukturierungen in der Volkswirtschaftsdirection und während seiner Zeit als Direktor der SMP konnte die Verkäsungszulage und Siloverbotsentschädigung verteidigt werden. 2011 wurde er – ohne vorheriges politisches Amt auf Kantonsebene notabene! – nach einem sehr engagierten persönlichen Wahlkampf in den Nationalrat gewählt und seit Anfang 2014 ist er Gemeindepräsident von Uetendorf.

Landesweiter Einsatz für unsere Schweiz und die SVP

Auch die SVP Schweiz wurde rasch auf die Talente von Albert Rösti aufmerksam und ernannte ihn zu ihrem nationalen Wahlkampfleiter für die Wahlen 2015. Albert Rösti ist deshalb unterwegs im ganzen Land und konnte seine Bildschirm- und «Arena»-Tauglichkeit bereits mehrfach unter

Beweis stellen. Selbstredend ist er auch im Kanton Bern im Einsatz, seine «Rösti mit Rösti»-Anlässe im Frühsommer 2015 waren ein grosser Erfolg.

Lobende Worte auch von den Medien und politischen Gegnern

Bescheiden, besonnen, clever, redegewandter Gentleman, präzise und kommunikativ, freundlich, zuvorkommend, zurückhaltend, jugendlicher Schalk... mit diesen Begriffen wird Albert Rösti in den Medien beschrieben. Und auch die politischen Gegner finden lobende Worte, wie etwa in einem Artikel in der «Schweizer Illustrierten» (07.10.2013) zu lesen war: «Ein freundlicher, konsensorientierter Politiker», sagt SP-Nationalrat Beat Jans, der zusammen mit Rösti in der Umwelt- und Energiekommission sitzt. Sein früherer Weggefährte, der Berner BDP-Nationalrat Hans Grunder, bezeichnet den SVP-Politiker als «grundständigen Menschen». Albert Rösti überzeugt also auch auf menschlicher Ebene!

Sie sehen:

Mit Albert Rösti kandidiert ein schweizweit bestens vernetzter, in Politik und Beruf erfolgreicher Familienmensch für den Ständerat. Er hat Ihre Stimme verdient!



den Kanton Bern



Ein breites Komitee unterstützt Albert Rösti:

Alt Bundesrat Adolf Ogi, Fraubrunnen; Markus Aebi, Hellsau; Andreas Aebi, Alchenstorf; Hans Aeschbacher, Gümligen; Hanspeter Aeschlimann, Walkringen; Fritz Affolter, Aarberg; Fritz Allenbach, Reichenbach; Silvia Altherr, Blumenstein; Adrian Amstutz, Sigriswil; Madeleine Amstutz, Schwanden; Daniel Andres, Aarwangen; Rita Arnold, Biel; Ueli Augsburger, Bern; Ueli Augstburger, Gerzensee; Romy Augstburger, Gerzensee; Fabian Bader, Seftigen; Hansruedi Bähler, Grosshöchstetten; Walter Balmer, Rosshäusern; Alfred Bärtschi, Lützelflüh; Bertha Bärtschi, Lützelflüh; Urs Bärtschi, Boll; Margrit Bärtschi, Boll; Kurt Baumann, Lützelflüh; Fritz Baumgartner, Walkringen; Jean-Daniel Benoit, Romont; Roland Benoit, Corgémont; Christoph Berger, Aeschi b. Spiez; Daniel Berger, Cortaillod; Ursula Berger-Wüthrich, Schwarzenegg; Hanspeter Berli, Hünibach; Henri-Charles Beuchat, Bern; Hans Beutler, Lohnstorf; Yves Bichsel, Uetendorf; Eva Bichsel, Uetendorf; Daniel Bichsel, Zollikofen; Hans Ulrich Bieri, Oberhofen; Ulrich Blatter, Meiringen; Jean Bögli, Tramelan; Martin Bohren, Spiez; Peter Brand, Mühenbuchsee; Peter Brand, Lauenen; Lanzenhäusern; Steffisburg; Walter Brog, Innertkirchen; Susi Brog, Innertkirchen; Erwin Brönnimann, Kaufdorf; Kurt Bruderemann, Nidau; Hans Brügger, Höfen b. Thun; Verena Bruhin, Uetendorf; Roland Brunner, Wiler; Jolanda Brunner, Spiez; Toni Brunner, Landiswil; Armin Buchenel, Ins; Heinrich Burkhalter, Lindenz; Rolf Burkhalter, Boll; Roland Burkhard, Bern; Michael Bürki, Riggisberg; Hans Bürki, Uetendorf; Christian Bürki, Uetendorf; Helene Bürki, Uetendorf; Ralph Burlon, Langenthal; Andreas Burren, Lanzenhäusern; Beatrice und Joe Burri, Muri b. Bern; Marianna Bütschi, Frutigen; Franz Christ, Interlaken; Roland Christen, Langenthal; Paul Christen, Langenthal; Joseph Crettenand, Zollikofen; Michael Dähler, Thun; Roberto Di Nino, Langenthal; Regula Di Nino, Langenthal; Dorothea Dietrich, Aeschi; Walter Dietrich-Zürcher, Därigen; Adrian Dillier, Biel/Bienne; Lorenz Dreyer, Weissenburg; Peter Dubach, Rüegsauschachen; Lars Dubach, Rüegsauschachen; Thomas Dummermuth, Meiringen; Fred Dummermuth, Meiringen; Therese Dummermuth, Meiringen; Hans Eggimann, Auswil; Christoph Fankhauser, Walkringen; Werner Fankhauser, Grosshöchstetten; Silvia Fankhauser, Walkringen; Michael Feldmann, Langenthal; Alexander Feuz, Bern; Nils Fiechter, Frutigen; Gerhard Fischer, Meiringen; Hanspeter Flück, Meiringen; Franz Flückiger, Langenthal; Monika Flückiger, Schüpfen; Hans Rudolf Flühmann-Dähler, Brienz; Naemi Frei, Zollikofen; Fritz Freiburghaus, Rosshäusern; Patrick Freudiger, Langenthal; Beatrice Frey, Oberhofen; Rudolf Friedli, Bern; Willi Frommenwiler, Thunstetten; Thomas Fuchs, Bern; Simon Fuhrer, Meiringen; Hans Gafner, Beatenberg; Hanspeter Gafner, Utzigen; Emile Gauchat, Nods; Marlène Geiser, Bolligen; Willy Geiser, La Cibourg; Andrea Geissbühler, Bärswil; Regula-Monika Geissbühler, Niederwangen; Willi Gerber, Wichtrach; Fritz Gerber, Langnau i. E.; Thomas Gerber, Schwarzenegg; Beat Gerber, Schwarzenegg; Brigitte Gerber, Biglen; Stefan Gerber, Biglen; Markus Gerber, Bellelay; André Gerteis, Neueneug; Marlis Gerteis, Neueneug; Peter Gertsch, Faulensee; Peter Gfeller, Kappelen; Ueli Gfeller, Schangnau; Roman Gimmel, Thun; Isabel Glauser, Thierachern; Henri Gobat, Court; Walter Gobeli, St. Stephan; Anne-Caroline Graber, La Neuveville; Samuel Graber, Horrenbach; Ramona Graber, Horrenbach; Fritz Graf, Steffisburg; Rudolf Graf, Aarwangen; Hans-Ulrich Gränicher, Bern; Hans Ulrich Grossniklaus, Steffisburg; Christian Grossniklaus, Beatenberg; Andres Grossniklaus, Matten b. Interlaken; Daniel Grossniklaus, Meiringen; Martina Grütter-Born, Uetendorf; Andrea Gschwind-Pieren, Lyssach; Roland Guazzini, Farnern; Samy Gugger, Heimenschwand; Lars Guggisberg, Kirchlindach; Ruedi Guggisberg, Kirchlindach; Werner Günter, Thörigen; Miriam Gurtner, Konolfingen; Rita Gygax-Schwarz, Hinterkappelen; Maria Gyger, Eriz; Gottfried Habermayr, Thun; Andreas Hadorn, Forst-Längenbühl; Peter Hanni, Goldiwil; Heinz Hänni, Oberhofen; Fritz Hari, Reichenbach; Therese Haueter, Hünibach; Hans Rudolf Hausammann, Ostermundigen; Martin Hauser, Ostermundigen; Hans-Peter Häusler, Brasilien; Roland Häusler, Thun; Verena Häusler, Thun; Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee; Werner Heiniger, Ursenbach; Dieter Herrmann, Büren an der Aare; Erich Hess, Bern; Heinz Hirschi, Gümligen; Eduard Hirt, Oberhofen; Stefan Hofer, Bern; Niklaus Hofer, Schlieren; Bernhard Hofer, Tschugg; Ellen Holzer, Meiringen; Fritz Holzer, Meiringen; Willy Horisberger, Auswil; Markus Horst, Rosshäusern; Süri; Max Hubschmid, Madiswil; Barbara Huggler, Meiringen; André Humbert, Lamperswil; Ueli Hunziker, Schüpfen; Paul Hunziker, Seftigen; Jürg Hurni, Golaten; Walter Huttmacher, Lauperswil; Jolande Imhof, Bern; Kathrin Imobersteg, Spiez; Paul Indermühle, Aeschi b. Spiez; Peter Iseli, Mülchi; Ulrich Iseli, Madiswil; Jürg Iseli, Zwieselberg; Laurent Jacot, Villeret; Ulrich Jäggi, Melchnau; Roland Jakob, Bern; Albrecht Jakob-Käsermann, Bätterkinden; Ruth Jakob-Käsermann, Bätterkinden; Heidi Jau, Tavannes; Paul-André Jeanfavre, Sonceboz-Sombeval; Rolf Jenni, Gümligen; Eduard Jeremias, Thun; Ulrich Johner, Meiringen; Jörg Jost, Zollbrück; Niklaus Jufer-Zyssset, Aefligen; Heinz Kämpfer, Affoltern i. E.; Lotte Käppeli-Grünig, Thun; Beat Käser, Obersteckholz; Martina Käser-Sigrist, Walterswil; Maya Kaufmann, Bützberg; Heinz Kissling, Langenthal; Etienne Klopfenstein, Corgémont; Fritz Knecht, Fahrni b. Thun; Hans Peter Knöpfel, Konolfingen; Ernst Kohler-Künzler, Schattenhalb; Hans Peter Koller, Lotzwil; Heidi Koller Seiler, Oberhofen; Hans König, Häusernmoos; Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg; Therese Krähenbühl, Unterlangenegg; Stefan Krebs, Lyssach; Charlotte Krummen, Rosshäusern; Hugo Kummer, Burgdorf; Bethli Küng-Marmet, Saanen; Christoph Kunz, Matten b. Interlaken; Max Lang, Sigriswil; Simon Langenegger, Langnau i. E.; Samuel Langenegger, Langnau i. E.; Andreas Lanz, Thun; Raphael Lanz, Thun; Heinz Lanz, La Ferrière; Lukas Lanzrein, Gwatt; Martin Lerch, D-Berlin; Eric Lerch, Courtelary; Jakob Leuenberger, Matten; Daniela Liebi-Fankhauser, Schwanden; Jolanda Luginbühl-Rösti, Aeschi; Hansueli Luginbühl, Aeschi; Christoph Lüthi, Bleiken; Michael Lüthi, Bleiken; Alfred Lüthi, Kirchberg; Hans Peter Lüthi, Oberburg; Christoph Lüthi, Bleiken; Arnold Lüthi, Thun; Hanna Lüthi, Thun; Martin Margi, Thun; Jürg Marti, Schönbühl-Urtenen; Willy Marti, Kallnach; Brigitte Martinelli, Oberburg; Andreas Matter, Muri b. Bern; Herbert Mauerhofer, Laupen; Manni Meier, Spiez; Walter Messerli, Interlaken; Alexander Michel, Meiringen; Jürg Michel, Lyss; Andreas Moor, Hasliberg-Wasserwendi; Helena Morgenthaler, Langenthal; Trudi Mösching, Uetendorf; Heinz Mösching, Uetendorf; Rolf Mösching, Uetendorf; Men Moser, Bern; Hansjürg Moser, Frutigen; Peter Moser, Merligen; Werner Moser, Landiswil; Hans Moser, Gurzelen; Hans Moser, Biglen; Verena Moser, Biglen; Werner Moser, Landiswil; Elisabeth Moser, Landiswil; Hans-Rudolf Mühlemann, Kehrsatz; Bruno Müller, Fraubrunnen; Margrit Müller, Fraubrunnen; Bernhard Müller, Zollbrück; Martin Müller, Sierre; Anton Müller, Blumenstein; Klaus Mürger, Uttigen; Felix Neuenschwander, Signau; Christoph Neuhaus, Bern; Therese Niederberger, Bern; Bernhard Niklaus, Worb; Stephan Niklaus, Walkringen; Susanne Niklaus, Walkringen; Dr. Kurt Nüesch, Bern 6; Maxime Ochsenbein, Reconvilier; Barbara Oehrl, Teuffenthal; Ferdinand Oehrl, Teuffenthal; Fritz Abraham Oehrl, Teuffenthal; Linda Oehrl, Signau; Markus Oehrl, Signau; Hans Oppliger, Thun; Manuel Otter, Wilderswil; Aliko Panayides, Ostermundigen; Christoph Peter, Bärau; Nadja Pieren, Burgdorf; Ursula Pieren, Burgdorf; Walter Pieren, Burgdorf; Casimir Platzer, Kandersteg; Beatrice Pulver, Walkringen; Hansjörg Rätz, Rapperswil; Daniel Reichenbach, Aeschi; Franziska Reichenbach, Aeschi; Walter Reinmann, Graben; Peter Reusser, Schwarzenegg; Susana Reusser, Schwarzenegg; Fritz Reusser jun., Unterlangenegg; Adrian Rieder, St. Stephan; Roland Rieder, Lenk; Jürgen Ritschler, Unterseen; Tina Rosenberger, Gümligen; Hans Rösti, Kandersteg; Toni Rösti, Kandersteg; Fritz Rothen, Oberbalm; Philippe Röthlisberger, Reconvilier; Alain Röthlisberger, Reconvilier; Claude Röthlisberger, Reconvilier; Beat Rubin, Wilderswil; Sacha Ruchti, Orschwaben; Jürg Ruef, Lotzwil; Margrit Ruef, Lotzwil; Susanne Rügsegger, Riggisberg; Erwin Rufibach, Guttannen; Martin Ruoff, Seftigen; Ursula Ruoff, Seftigen; Christian Rychen, Bolligen; René Ryser, Uetendorf; René Ryser, Gstaad; Sandra Ryser-Liebi, Thun; Hansruedi Sägeser, Lyssach; Alfred Sahli, Gümligen; Werner Salzmann, Mülchi; Hans Ueli Salzmann, Oberburg; Thomas Saurer, Sigriswil; Ursula Saurer, Steffisburg; Albert Schaller, Langenthal; Hansruedi Schär, Bleienbach; Rudolf Schär, Thun; Beat Scheidegger, Les Reussilles; Daniel Schenk, Thun; Lars Schlapbach, Langenthal; Martin Schlup, Schüpfen; Hans Schmid, Achseten; Peter Schmid, Wimmis; Walter Schmied, Moutier; Pierre Alain Schnegg, Champez; Urs Schneider, Bätterkinden; Sandra Schneider, Biel; Rolf Schneider, Uetendorf; Jean-Pierre Schönenberg, Thun; Armin Schulthess, Uttigen; Urs Schumacher, Treiten; Markus Schüpbach, Zäziwil; Britta Schüpbach, Zäziwil; Jürg Schürch, Huttwil; Heinz Schwab, Lobsigen; Hans Rudolf Schweizer, Utzigen; Hans-Ulrich Schweizer, Gümligen; Daniel Seematter, Saxeten; Hanspeter Seiler, Oberhofen; Peter Siegenthaler, Münsingen; Heinz Siegenthaler, Blumenstein; Pascal Siffringer, Reconvilier; Beat Singer, Utzenstorf; Rolf Singer, Utzenstorf; Hansruedi Spichiger, Bern; Brigitte Stäheli, Uetendorf; Rolf Stäheli, Uetendorf; Robert Stämpfli, Langenthal; Markus Steiner, Fraubrunnen; Fritz Steinmann, Trimstein; Daniela Stettler, Steffisburg; Ueli Stoller, Reichenbach; Melchior Stoller, Neueneug; Peter Straub, Belp; Fridolin Süess, Uettligen; Walter Sutter, Langnau i. E.; Fredi Tanner, Kirchberg; Marc Tobler, Moutier; Patrick Tobler, Moutier; Flavio Torti, Reconvilier; Christoph Trachsel, Reichenbach; Ulrich Trösch, Aarwangen; William Trösch, Langenthal; Peter R. Tschanring, Worben; Franz Uebersax, Rüschelen; Ueli Utiger, Moosseedorf; Ernst Voegeli, Unterseen; Rita Vögeli, Ringoldswil; Walter Vögeli, Ringoldswil; Marc Voiblet, Reconvilier; Werner von Bergen, Meiringen; Kurt von Känel, Aeschiried; Christian von Känel, Lenk; Erich von Siebenthal, Gstaad; Hans von Wurstemberger, Lützelflüh; Käthi Wälchli, Obersteckholz; Hans Wälchli, Obersteckholz; Ursula Walther, Thunstetten; Martin Wälti, Worb; Ulrich Wälti, Bolligen; Beat Wampfler, Burgdorf; Hansruedi Wandfluh, Frutigen; Berti Wandfluh, Kandergrund; Nicolas Weber, Uetendorf; Prisca Weber, Uetendorf; Robert Weber, Bätterkinden; Daniela Weber, Thun; Ingrid Weber, Thun; Roland Wehinger, Kehrsatz; Hans Wenger, Zwischenflüh; Hansueli Wenger, Fahrni; Hermann Weyeneth, Jegenstorf; Janosch Weyermann, Utzenstorf; Mirjam Wüthrich, Burgdorf; Marc Wyss, Bern; Marianne Wyss, Bern; Fritz Wyss, Wengi b. Büren; Beat Wyss, Burgistein; Kilian Wyssen, Matten i. Simmental; Brigitte Zahnd, Schönried; Fabian Zaugg, Freimettigen; Alfred Zaugg, Lützelflüh; Ulrich Zaugg, Lützelflüh; Nadja Zbinden, Vinelz; Ruth Zumbrennen, Mülchi; Daniel Zumstein, Attiswil; Tina Zumstein, Attiwil; Daniel Zürcher, Emmenmatt

Albert Rösti

- ▶ Jg. 1967, verheiratet, 2 Kinder
- ▶ Dipl. Ing. Agr. ETH, Dr. sc. techn., MBA Universität Rochester, USA und Bern
- ▶ Gemeindepräsident Uetendorf seit 2014 (2008-2013 Gemeinderat)
- ▶ Selbständigerwerbend; Büro Dr. Rösti GmbH Beratungen für Wirtschaft und Politik
- ▶ Direktor Schweizer Milchproduzenten bis 2013
- ▶ Generalsekretär Volkswirtschaftsdirektion Kt. Bern bis 2006
- ▶ Landwirtschaftslehrer und Beratungsleiter Bergbauernschule bis 1998
- ▶ Nationalrat seit 2011, Mitglied UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie)
- ▶ Mitglied Fraktionsvorstand
- ▶ Mitglied Zentralvorstand SVP Schweiz
- ▶ Mitglied Parteivorstand und Geschäftsleitung SVP Kanton Bern

RÖSTI MIT RÖSTI

Jetzt gratis bestellen:
Das Röstirezept-Büchli!

Per Mail:
weber@albertroesti.ch
Per Post:
Büro Dr. Rösti GmbH
Bahnhofstrasse 10
3661 Uetendorf

Bitte Name, Zustelladresse und Anzahl Büchli angeben.



Rösti-Basis-Rezept

Für 4 Personen:

- 1 kg Gschwellti vom Vortag aus festkochenden Kartoffeln
- 1 TL Salz
- 3 EL Bratbutter

Gschwellti schälen und an der Röstiraffel in eine Schüssel raffeln, salzen. Bratbutter in einer beschichteten Bratpfanne erhitzen. Kartoffeln locker beifügen, bei kleiner Hitze 10 – 15 Minuten anbraten, ab und zu mit der Bratschaufel wenden. Kartoffeln zu einem Kuchen zusammenfügen und bei kleiner Hitze weiterbraten, bis eine schöne, braune Kruste entstanden ist. Mit einem grossen Teller oder einer runden Platte wenden und auf der zweiten Seite ca 12 – 15 Minuten braun werden lassen.

Servieren und geniessen und Albert Rösti in den Ständerat wählen.

Erfahrene Köpfe für den Kanton Bern in den Nationalrat



Manfred Bühler 01.01.5
www.manfredbuehler.ch

1979, Cortébert
Rechtsanwalt
Grossrat, Gemeindepräsident,
Mitglied vom Conseil du Jura bernois
Leiter Netzwerk Berner Pärke, Vorstand Mütter- und Väterberatung BE



Anne-Caroline Graber 01.02.3
www.anne-caroline-graber.ch

1976, La Neuveville
Dr. rer. pol., Handelslehrerin
Grossrätin, Präsidentin députation du Jura bernois



Andreas Aebi 01.03.1
www.aebi-andreas.ch

1958, Alchenstorf
Eidg. dipl. Landwirt, Lehrlingsausbilder, Unternehmer
Präsi. ausenpolitische Kommission des NR 2012/13, Präsi. parl. Delegation OSZE 2014/15
Präsi. Arbeitsgemeinschaft Schweizer Rinderzüchter ASR, OK-Präsi. Eidg. Schwing- und Älplerfest ESF 2013 Burgdorf i.E.



Adrian Amstutz 01.04.0
www.adrian-amstutz.ch

1953, Schwanden ob Sigriswil
Unternehmer
Fraktionspräsident
Zentralpräsident Schweizerischer Nutzfahrzeugverband ASTAG, Exekutivrat Swiss Olympic
Stiftungsrat REGA



Andrea Geissbühler 01.05.8
www.andreageissbuehler.ch

1976, Bärswil
Reitpädagogin, ehemalige Kindergärtnerin und Polizistin, Diplom der bäuerlichen Haushaltungsschule Hondrich
Präsidentin Dachverband Drogenabstinenz Schweiz, Co-Präsidentin parl. Gruppe Biodiversität/Arten-schutz



Peter Brand 01.11.2
www.peter-brand.ch

1958, Münchenbuchsee
Notar
Präsident SVP Grossratsfraktion, Präsident HEV Kanton Bern
Vorstand parlamentarische Gruppe Wirtschaft



Walter Brog 01.12.1
www.walterbrog.ch

1967, Innertkirchen
Unternehmer
Gemeindepräsident
Verwaltungsrat Kraftwerke Oberhasli AG
Präsident IG Alpenpässe



Thomas Fuchs 01.13.9
www.nein.eu

1966, Bern-Niederbottigen
Betriebswirtschafter HF, Geschäftsführer Bund der Steuerzahler, Liegenschaftsverwalter
Grossrat, Leiter Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft der Justizkommission
Oberst, Präsident Berner Samariter, PIKOM und Pro Libertate, Mitglied KMU und HEV



Samuel Graber 01.14.7
www.samuelgraber.ch

1960, Horrenbach
Bergbauer
Grossrat, Mitglied GPK
Präsi. Schweiz. Kälbermästerverband, Vorstand Schweiz. Rindviehproduzenten, Vorstand Fachkommission Viehwirtschaft SBV, Präsi. Alpengenossenschaft Spycherberg Justistal, Präsi. Tierschutzverein Thun



Lars Guggisberg 01.15.5
www.larsguggisberg.ch

1977, Kirchlindach
Fürsprecher, Geschäftsführer
Grossrat
Vorstand Spitex Verband Kanton Bern, Vorstand TCS Kanton Bern, Vorstand Gewerbeverein Kirchlindach-Meikirch
Mitglied Direktion Neue Mittelschule NMS Bern

Kanton de Berne
Bulletin pour l'élection du Conseil national 2015

Kanton Bern
Wahlzettel für die Nationalratswahlen 2015

Liste Nr. **1**

Schweizerische Volkspartei Kanton Bern (Frauen und Männer) SVP (Frauen und Männer)

Kandidaten-Nr. N° des cand.	Kandidatenname Nom des candidats et candidates	Kandidaten-Nr. N° des cand.	Kandidatenname Nom des candidats et candidates
01.01.5	Bühler Manfred, 1979, Rechtsanwalt, Cortébert	01.14.7	Graber Samuel, 1960, Bergbauer, Horrenbach
01.02.3	Graber Anne-Caroline, 1976, Dr. ès sc. pol., diplômée en relations internationales, La Neuveville	01.15.5	Guggisberg Lars, 1977, Fürsprecher, Geschäftsführer, Kirchlindach
01.03.1	Aebi Andreas, 1958, Eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, Alchenstorf (bisher)	01.16.3	Hadorn Christian, 1954, Unternehmer, Ochlenberg
01.04.0	Amstutz Adrian, 1953, Unternehmer, Sigriswil (bisher)	01.17.1	Hess Erich, 1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern
01.05.8	Geissbühler Andrea, 1976, Reitpädagogin, ausgebildete Polizistin, Bärswil (bisher)	01.18.0	Iseli Jürg, 1964, Meisterlandwirt, Zwieselberg
01.06.6	Pieren Nadja, 1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkinderzieherin, Burgdorf (bisher)	01.19.8	Knutti Thomas, 1973, Bergbauer, Berufsfahrer, Weissenburg
01.07.4	Rösti Albert, 1967, Dr. Ing. Agr. ETH, Gemeindepräsident, Uetendorf (bisher)	01.20.1	Lanz Raphael, 1968, Stadtpräsident, Dr. iur., Thun
01.08.2	von Siebenthal Erich, 1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn Wasserngrat, Gstaad (bisher)	01.21.0	Marti Willy, 1957, Geschäftsführer Holzbaubetrieb, Kallnach
01.09.1	Augstburger Ueli, 1959, Meisterlandwirt, Betriebsleiter, Gerzensee	01.22.8	Rüegsegger Hans Jörg, 1970, Landwirt, Agro-Techniker HF, Riggsberg
01.10.4	Bärtschi Alfred, 1965, Eidg. dipl. Landwirt, Lützelflüh	01.23.6	Salzmann Werner, 1962, dipl. ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, Mülchi
01.11.2	Brand Peter, 1958, Notar, Münchenbuchsee	01.24.4	Schlup Martin, 1960, Meisterlandwirt, Lastwagenführer, Schüpfen
01.12.1	Brog Walter, 1967, Unternehmer, Gemeindepräsident, Innertkirchen	01.25.2	Struchen Béatrice, 1961, Bäuerin, Epsach
01.13.9	Fuchs Thomas, 1966, Betriebswirtschafter HF, Geschäftsführer Bund der Steuerzahler, Niederbottigen		

Apparentement de listes 1, 2, 24
Listes sous-apparentées 1, 2

www.svp-bern.ch



STÄNDERATSWAHLEN
18. OKTOBER 2015

Kanton Bern
Wahl von 2 Mitgliedern des Ständerates 2015

Canton de Berne
Election de 2 membres du Conseil des Etats 2015

Amtlicher Wahlzettel
bulletin officiel

1. **Albert Rösti**

2. -

Für die gleiche Kandidatin/für den gleichen Kandidaten kann nur eine Stimme abgegeben werden.
Das Kumulieren (mehrfache Stimmabgabe für die gleiche Person) ist bei den Ständeratswahlen nicht gestattet.

On ne peut attribuer qu'un suffrage au même candidat ou à la même candidate.
Le cumul (plusieurs suffrages pour la même personne) n'est pas autorisé pour les élections au Conseil des Etats.



Liste **1**

bisher

Nadja Pieren 01.06.6
www.nadja-pieren.ch

1980, Burgdorf
Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkinderzieherin, Betriebsleiterin private Kita/Tagi Nationalrätin, Stadträtin, Vizepräsi. SVP CH Präsi. Gemüseproduzenten-Vereinigung Kt. Bern und Freiburg (GVBF), Präsi. Fleischfachverband Kt. Bern (FFV), Verwaltungsrätin Emme AG (Radio NEO 1)



bisher

Albert Rösti 01.07.4
www.albetroesti.ch

1967, Uetendorf
Dr. Ing Agr. ETH, MBA Bern und Rochester (USA)
Gemeindepräsident
Selbständig; Beratungen für Wirtschaft und Politik
Präsident Wirtschaftsrat Berner Oberland, Präsident AVES und Swissoil, Präsident Nationales Nordisches Skizentrum Kandersteg



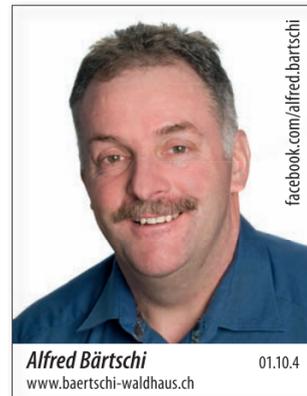
bisher

Erich von Siebenthal 01.08.2
www.erichv7thal.ch

1958, Gstaad
Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn
Wasserngrat
Präsident Schweiz. Alpwirtschaftsverband SAV
Präsident Berner Waldbesitzer BWB
Präsident BEO Holz
Vizepräsident Berner Bauern BEBV

**Ueli Augstburger** 01.09.1
www.ueliugstburger.ch

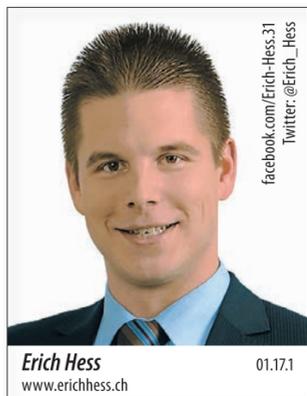
1959, Gerzensee
Meisterlandwirt, Betriebsleiter
Grossrat, Berufsbildungsrat Kt. Bern
Vorstand Oda AgriAliform CH, Präsident Aufsichtskommission überbetriebliche Kurse, Vorstand Bernische Musikschulen VBMS
Beirat Fachhochschule Gesundheit

**Alfred Bärtschi** 01.10.4
www.baertschi-waldhaus.ch

1965, Lützelflüh
Eidg. dipl. Landwirt, Berufsbildner
Grossrat, Präsi. Schwellenkorporation Lützelflüh, Präsi. Viehzuchtverein Lützelflüh, Vizepräsi. Wasserbauverband
Präsi. Flurgenossenschaft Waldhaus, Vizepräsi. Schweizerischer Club für Entlebuchersennenhunde

**Christian Hadorn** 01.16.3
www.christian-hadorn.ch

1954, Ochlenberg
Unternehmer
Grossrat, Mitglied GPK
Vorstand Verein BERNbilingue,
Vizepräsi. Behindertenwerkstätte Madiswil,
Vorstand Swissmechanic Bern/Bienne,
Präsi. GPK Interkant. Polizeischule Hitzkirch

facebook.com/Erich-Hess.31
Twitter: @Erich_Hess**Erich Hess** 01.17.1
www.erichhess.ch

1981, Bern
Unternehmer und Geschäftsführer,
Lastwagenführer
Grossrat und Mitglied Geschäftsprüfungskommission, Stadtrat, Präsi. Junge SVP Kanton Bern
Vizepräsi. Samariterfahrdienst Bern-Biel-Thun
«Ja zur Schweiz – Nein zum EU-Beitritt!»

**Jürg Iseli** 01.18.0
www.iseli-gluetsch.ch

1964, Zwiesselberg
Meisterlandwirt
Grossrat, Präsident Finanzkommission
Vizepräsident Bauernvereinigung Thun,
Grosser Vorstand Berner Bauern BEBV, Vorstand Wahlkreisverband Thun SVP



facebook.com/thomas.knutti.3

Thomas Knutti 01.19.8
www.thomas-knutti.ch

1973, Weissenburg
Bergbauer, Berufsfahrer
Grossrat, Vizegemeindepräsident Därstetten
Präsident IG Spitalversorgung, Präsident Wahlkreisverband Oberland, Vizepräsident Bauernvereinigung Niedersimmental

**Raphael Lanz** 01.20.1
www.raphaellanz.ch

1968, Thun
Stadtpräsident Thun
Dr. iur. / Fürsprecher
Grossrat
Diverse Vorstands- und Verwaltungsratsmandate

**Willy Marti** 01.21.0

1957, Kallnach
Geschäftsführer Holzbaubetrieb
Grossrat
Gewerbeverein Kallnach, Verband Holzbau Schweiz

**Hans Jörg Rügsegger** 01.22.8
www.hjruegsegger.ch

1970, Riggisberg
Agro-Techniker HF, Betriebsleiter
Grossrat, Präsident Berner Bauern BEBV
Vorstand Schweizer Bauernverband, Vorstand Schweizerische Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor SALS

**Werner Salzmännli** 01.23.6
www.werner-salzmännli.ch

1962, Mülchi
Dipl. Landwirt, dipl. Ing. Agr. FH, Chefexperte
Landwirtschaft
Präsident SVP Kanton Bern
Oberst, Präsident Berner Schiesssportverband
Präsident Schweizerischer Verband für Landtechnik (SVLT)

**Martin Schlup** 01.24.4
www.martin-schlup.ch

1960, Schüpfen
Meisterlandwirt
Grossrat, Gemeinderat
Präsident Holzproduzenten Lyssbachtal, Kassier
Berggenossenschaft Frémont, Vorstand Verein produzierende Landwirtschaft,
OK Seeländisches Turnfest 2016

**Béatrice Struchen** 01.25.2
www.struchen.ch

1961, Epsach
Handelsdiplom, Bäuerin
Grossrätin
Grossratspräsidentin 2014/2015
Präsidentin LOS und IP-Ring,
Vorstand Berner Bauern BEBV, Mitglied KMU

Mehr Sicherheit

8,2 Millionen Menschen leben heute in unserem Land. Täglich reisen neue Zuwanderer und Wirtschaftsflüchtlinge ein. Kriminaltouristen nutzen die fehlenden Grenzkontrollen. Die Polizei hat viel zu tun, aber immer weniger Mittel. Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei ihre Kräfte auf die Kriminalitätsbekämpfung konzentriert und dass ausländische Straftäter ausgewiesen werden – im Interesse der gesamten Bevölkerung!

Mehr Freiheit

Immer mehr Bürokratie, Gesetze und internationale Bestimmungen prägen unseren Alltag. Wir folgen immer häufiger einfach der EU, von den Auto-Kindersitzen über die Grösse der Strassenschilder bis hin zu den Tabaksteuern und zur Aufenthaltsgenehmigung. Der Zentralismus in den Regionen nimmt zu, die Freiheit schwindet. Für die SVP sind Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie Werte, die nicht verhandelbar sind.

Mehr zum Leben

Im Kanton Bern zahlt man mehr Steuern als in den meisten Kantonen. Dazu kommen noch Gebühren für Energie, Wasser und Abwasser sowie zahlreiche weitere Abgaben. Zum Leben bleibt immer weniger. Wir geben Gegensteuer. Die Senkung der Motorfahrzeugsteuern und der Handänderungssteuer sind erste Erfolge der SVP. Wir kämpfen weiter für Sie!

Junge Köpfe für den Kanton Bern in den Nationalrat



Lukas Lanzrein Kand.Nr. 02.01.1
www.lukas-lanzrein.ch www.3malmehr.be

3645 Thun (Gwatt)
Jurist, Notariatsmitarbeiter
Stadtrat, Präsident SVP/FDP-Fraktion,
Offizier, «Für eine sichere Zukunft in
Freiheit!»



Tina Schlupe Kand.Nr. 02.02.0

2740 Moutier
Studentin PH
Stadträtin, Sekretärin Junge SVP
Bernser Jura, Mitglied WWF und Pro
Natura



Sandra Schneider Kand.Nr. 02.03.8
www.sandraschneider.ch

2502 Biel/Bienne
Kauffrau
Stadträtin, Präsidentin Junge SVP
Biel-Seeland, Sekretärin SVP Biel,
Vorstand SVP Seeland, Mitglied Pro
Libertate, AUNS und Tierpark Biel



Marc Berger Kand.Nr. 02.04.6

3600 Thun
Fachangestellter Gesundheit /
Student
Mitglied TV Steffisburg, Schiessverein
Heiligenschwendi, Junge SVP Kanton
Bern, «Für ein bezahlbares und
fortschrittliches Gesundheitssystem!»



Yannick Buchter Kand.Nr. 02.05.4
www.yannick-buchter.ch

3014 Bern
Webredaktor
Vizepräsident SVP-Konolfingen,
Vorstand Junge SVP Schweiz,
Vorstand Gesellschaft Schweiz-Israel,
Hauptmann der Armee



Adrian Hoz Kand.Nr. 02.11.9
Twitter: @_adrianhoz

3037 Herrenschwanden
Student Maschinenbau ETH
Offizier, Privatpilot (i.A.), Präsident
Junge SVP Mittelland-Nord, Vorstand
Junge SVP Kanton Bern



Patrick Kissling Kand.Nr. 02.12.7
www.patrick-kissling-nationalrat.ch

2560 Nidau
Betriebsleiter
Mitglied SVP Nidau und Junge SVP
Kanton Bern, «Für eine sichere und
sorgenlose Zukunft der Schweiz!»



Rafael Morgenthaler Kand.Nr. 02.13.5

3123 Belp
Student Wirtschaftsingenieur
«Für tiefere Steuern, Gebühren und
Abgaben. Nein zum EU-Beitritt. Für
ein starkes Gewerbe. Konsequente
Ausländer und Asylpolitik.»



Men Moser Kand.Nr. 02.14.3

3008 Bern
Backoffice-Mitarbeiter /
Verkaufsberater
Präsident Junge SVP Stadt Bern, Vizepräsident
SVP Bern-Süd, Delegierter
Quartiermitwirkung Stadtteil Bern III
(QM3), Mitglied SVP Bern-Bümpliz



Micaela Pazos Kand.Nr. 02.15.1

3014 Bern
Kauffrau
Hobby: Tanzen

Kanton Bern
Bulletin pour les élections au Conseil national 2015

Z/L: (leer lassen/laisser libre)

Liste Nr.	2	Partei- bezeichnung Parti	SVP (Junge SVP)	
Kand.-Nr. N° des candidats	Namen der Kandidatinnen und Kandidaten Nom des candidats et candidates	Kand.-Nr. N° des candidats	Namen der Kandidatinnen und Kandidaten Nom des candidats et candidates	
02011	Lukas Lanzrein	02143	Men Moser	
02020	Tina Schlupe	02151	Micaela Pazos	
02038	Sandra Schneider	02160	Benjamin Schmid	
02046	Marc Berger	02178	Maël Schnegg	
02054	Yannick Buchter	02186	Michelle Singer	
02062	Shanna B. Coelho	02194	Adrian Spahr	
02071	Lars Dubach	02208	Mirjam Steiger-Stähli	
02089	Nils Fiechter	02216	Janosch	
02097	Andreas Gerber			
02101	Markus Horst			
02119	Adrian Hoz			
02127	Patrick Kissling			
02135	Rafael Morgenthaler			

Kanton Bern
Wahl von 2 Mitgliedern
des Ständerates
2015

Canton de Berne
Election de 2 membres
du Conseil des Etats
2015

Antlicher Wahlzettel
bulletin officiel

1. **Albert Röstli**

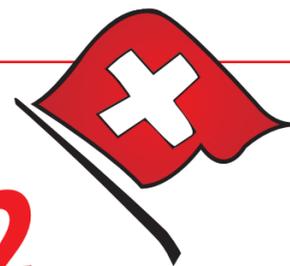
2. -

Für die gleiche Kandidatin/für
den gleichen Kandidaten kann
nur eine Stimme abgegeben
werden.
Das Kumulieren (mehrfache
Stimmabgabe für die gleiche
Person) ist bei den Ständerats-
wahlen nicht gestattet.

On ne peut attribuer qu'un
suffrage au même candidat ou
à la même candidate.
Le cumul (plusieurs suffrages
pour la même personne) n'est
pas autorisé pour les élections
au Conseil des Etats.

Junge SVP
Junge SVP Kanton Bern
www.jsvpbern.ch





Liste 2

**Shanna B. Coelho** Kand.Nr. 02.06.2

2720 Tramelan
Studentin Rechtswissenschaften
Präsidentin Junge SVP Berner Jura,
Vorstandsmitglied SVP Berner Jura,
Mitglied AUNS, Hobbys: Fitness,
Schiesen, Fotografie

**Lars Dubach** Kand.Nr. 02.07.1
www.lars-dubach.ch

3415 Rüegsaachsen
Teamleiter SBB Reisezentrum Thun
Vorstand SVP Rüegsau, Sekretär
Junge SVP Kt. Bern, Oberleutnant,
Sekretär Schützen Rüegsau, Mitglied
Offiziersgesellschaft Burgdorf, AUNS

**Nils Fiechter** Kand.Nr. 02.08.9
www.nilsfiechter.ch

3714 Frutigen
Kaufmann
Präsident Junge SVP Frutigen-
Niedersimmental, Vorstandsmitglied
SVP Frutigen, Mitglied Pro Libertate,
AUNS, Egerkinger Komitee

**Andreas Gerber** Kand.Nr. 02.09.7

3537 Eggwil
Milchtechnologe, Transporteur
Werbechef Junge SVP Kanton Bern,
Vorstand SVP Eggwil, Mitglied AUNS,
und Egerkinger Komitee, Eishockeyspieler

**Markus Horst** Kand.Nr. 02.10.1
www.markus-horst.ch

3204 Rosshäusern
Unternehmer
Vizepräsident SVP Neuenegg,
Vorstand KMU Amt Laupen, Präsident
IG Rütli-Fest

**Benjamin Schmid** Kand.Nr. 02.16.0

3250 Lyss
Student B. Sc. Betriebswirtschaft
Vorstandsmitglied Junge SVP Kanton
Bern, Präsident der JSVP-Kommission
Finanzen und Wirtschaft, Mitglied
SVP Lyss, «Schluss mit der masslosen
Ausgabenpolitik des Bundes!»

**Maël Schnegg** Kand.Nr. 02.17.8

2735 Champoz
Wirtschafts-Doktorand
Mitglied Junge SVP Berner Jura,
Mitglied im Fakultätsrat der Hautes
Etudes Commerciales (HEC) Lausanne

**Michelle Singer** Kand.Nr. 02.18.6

3427 Utzenstorf
Floristin, Drucktechnologin i.A.
Mitglied SVP Sektion Utzenstorf,
Junge SVP Kanton Bern, Turnverein
Utzenstorf, Hobbys: Turnen, Korbball
«Zentralisierung stoppen und Nein
zum EU-Beitritt!»

**Adrian Spahr** Kand.Nr. 02.19.4

2543 Lengnau BE
Restaurationsfachmann
Vorstandsmitglied Junge SVP Kanton
Bern, Präsident JSVP-Kommission
Polizei und Militär, Mitglied AUNS
und Pro Libertate, Unteroffizier der
Schweizer Armee, Hobby: Schwingen

**Mirjam Steiger-Stähli** Kand.Nr. 02.20.8

3702 Spiez
Sekretärin
«Sozial- und nothilfeabhängige
Migranten sind nicht länger vom
Steuerzahler durchzuführen.»

Grosserfolg der JSVP

«Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»

Dank der Annahme der JSVP-Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» konnten die Einbürgerungsregeln im Kanton Bern massiv verschärft werden.

Gegen den Widerstand aller Parteien ausser der SVP wurde am 24. November 2013 die Initiative der Jungen SVP «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» mit 55,8% deutlich angenommen. Neu gelten deshalb im Kanton Bern u.a. folgende Mindestanforderungen an eine Einbürgerung:

- Kein Pass für rechtskräftig verurteilte Schwereverurteilte.
- Keine Einbürgerung von Personen, die wirtschaftlich nicht selbständig sind, d. h. von Sozialhilfeempfängern oder Personen, die bezogene Sozialhilfegelder nicht zurückbezahlt haben.
- Einbürgerung nur bei guten (d. h. nicht bloss rudimentären) Kenntnissen einer Amtssprache sowie bei ausreichenden Staatskunde-Kenntnissen.

• Kein Pass ohne Niederlassungsbewilligung!
Mittlerweile wurde die Initiative auch von den eidgenössischen Räten gewährleistet. Und die neuesten Zahlen zeigen, dass die Initiative wirkt: Im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren haben sich die Einbürgerungszahlen 2014 faktisch halbiert!

Das Ja zur Initiative ist ein grosser Erfolg: Noch nie zuvor wurde im Kanton Bern eine Initiative einer Jungpartei angenommen. Die JSVP konnte damit zeigen:
Sie ist am Puls der Bevölkerung und versteht die Sorgen der Bernerinnen und Berner.
Sie ist stark genug, um eine Initiative nicht nur zustande zu bringen, sondern auch die Abstimmung zu gewinnen.

Sie präsentiert Lösungen, die auch den Praxistest bestehen und zu nachweisbaren Verbesserungen führen!

Erich Hess, Präsident JSVP Kanton Bern

**Janosch Weyermann** Kand.Nr. 02.21.6

3427 Utzenstorf
Fachmaturand IT & Kommunikation,
Kaufmännischer Mitarbeiter
Stv. Sekretär Junge SVP Kanton Bern,
Mitglied SVP Utzenstorf, AUNS,
Gruppe Giardino, Pro Libertate, Pink
Cross und Berner Samariter

Die Armee – nötiger denn je

Die SVP setzt sich für eine starke und gut ausgerüstete Armee ein. Wie wichtig dies auch in der heutigen Zeit noch ist, zeigen die aktuellen Konflikte, die am Rande Europas schwelen.



Die Schweizer Armee steht kurz vor einer weiteren Bestandesreduktion auf 100'000 Angehörige der Armee (AdA). Um die längst fällige, komplette Ausrüstung der Truppe sicherzustellen, benötigt die Armee ein Budget von jährlich mindestens 5 Milliarden Schweizer Franken. Auf den ersten Blick erscheint dies viel. Vergleicht man jedoch mit anderen Ländern,

fragt man sich, ob dieser Betrag nicht zu tief ist.

In der ersten Jahreshälfte wurde in Paris ein Terroranschlag auf die Redaktion des Magazins Charlie Hebdo verübt. In der Folge mussten die Einsatzkräfte der Polizei von Paris durch 10'000 Soldaten der französischen Armee unterstützt werden. In der Schweiz wären dies 10% des Bestandes unserer zukünftigen Armee, wobei längst nicht alle 100'000 AdA für einen solchen Auftrag eingesetzt werden könnten. Somit wären es vielleicht 20% bis 40% des Bestandes, welche im Einsatz stünden. Wir können es kaum verantworten, unsere Sicherheit durch die von einigen angestrebte Verkleinerung der Armee derart aufs Spiel zu setzen.

Gemäss dem Sicherheitsverbund Schweiz, der unter anderem die zivilen Blaulichtorganisationen, den Zivilschutz und die Armee umfasst, kommen die militärischen Einsatzelemente erst zum Einsatz, wenn die übrigen

Einsatzkräfte am Ende ihrer Durchhaltefähigkeit sind oder sie nicht über die entsprechenden Mittel verfügen. Die Armee ist somit unsere letzte Sicherheitsreserve, welche zudem eine sehr hohe Durchhaltefähigkeit aufweist. Bei der Katastrophenhilfe ist die Armee jedes Jahr mehrmals im Einsatz, um die zivilen Einsatzkräfte zu unterstützen.

Die SVP ist überzeugt, dass es zur Gewährleistung der Sicherheit nicht nur 140'000 AdAs, sondern auch ein gesichertes Budget von mindestens 5 Milliarden Franken braucht. Eine Mehrheit im Nationalrat wollte die nötigen Mittel jedoch nicht sprechen. Dies müssen wir korrigieren, wenn wir eine sichere Schweiz wollen.

Für mich ist klar: Sicherheit und Freiheit sind nicht verhandelbar und dürfen nicht kurzfristigen Sparmassnahmen von unermüdlichen Armeemassnahmen zum Opfer fallen.

Erich von Siebenthal, Nationalrat, Gstaad

Reisefreiheit – vor allem für Kriminelle

Kriminelle Banden reisen durch ganz Europa und ohne Grenzkontrollen gelangen sie auch ungehindert in die Schweiz. Die Kriminalität in unserem Land hat inzwischen EU-Niveau erreicht. Allein der Kanton Bern verzeichnet pro Jahr rund 5000 Einbrüche!



Während Schweizer Touristen vom Zoll kontrolliert werden, ob sie unerlaubte Waren über die Grenze bringen, ist der Grenzübertritt für illegale Einwanderer und Kriminaltouristen einfach geworden. Die Grenze ist über weite Teile praktisch unbewacht. Als die Schweiz das Schengen-Abkommen unterzeichnete, hiess es, die Ausgrenzen würden gut geschützt und der Schengen-Raum sei künftig sicheres Binnen-Gebiet der EU, womit auch die Schweiz sicher wäre.

Heute wissen wir, dass es anders gekommen ist. Schengen hat uns zwar das Reisen in der EU erleichtert, aber die Schengen-Ausgrenze ist bei Weitem nicht so bewacht, wie sie es sein sollte. In der Folge haben wir uns in Sachen Kriminalitätsrate der EU angeglichen. Dazu kommt die wachsende Terrorgefahr.

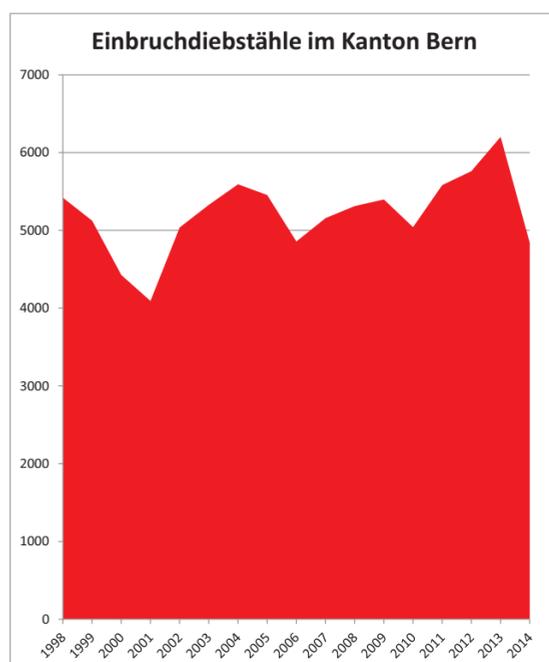
Die Terrororganisation Islamischer Staat ist bereits bis in die EU vorge-

drungen und hat nach Paris und Kopenhagen weitere Anschläge in Europa angekündigt. Wie die Schweiz am Sonntag berichtet, ist Max Hofmann, Generalsekretär des Polizeibeamtenverbandes überzeugt, dass mehr Polizei-Präsenz wichtig wäre. Er verweist auf die Empfehlung der UNO, welche von 300 Polizisten pro 100'000 Einwohner ausgeht. In der Schweiz sind es aber rund 30% weniger.

Auch im Kanton Bern werden immer wieder die nötigen finanziellen Mittel

für die Polizei verweigert. Die Millionen, welche aus den Radar- und Parkbussen eingenommen werden, fliessen in die allgemeine Kasse, anstatt die Mittel zweckgebunden für die Polizeiarbeit zu verwenden. Es wäre an der Zeit, dies zu überdenken, Kostentransparenz zu schaffen und die Priorität bei der Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung zu setzen. Dies muss das Ziel der nächsten Legislatur im Nationalrat sein.

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bärswil



Bedrohte schützen, aber Zuwanderung steuern

Die Schweiz soll offen sein für an Leib und Leben bedrohte Menschen. Ebenso sollen dringend benötigte ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz arbeiten können. Für die unkontrollierte Einwanderung und den Asylrechtsmissbrauch ist aber kein Platz.

Die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten Monaten stark angestiegen. Über Italien erreichen uns immer mehr Wirtschaftsmigranten aus Afrika und dem Nahen Osten. Der Bund verteilt die Asylsuchenden gemäss einem eigenen Verteilschlüssel auf die Kantone. Der Kanton Bern nimmt bereits jetzt mehr Personen auf, als ihm gemäss einem Verteilschlüssel nach Bevölkerungszahl zugeteilt würden.

Aufgrund dessen hat der Regierungsrat veranlasst, dass sechs neue Unterkünfte in verschiedenen Gemeinden via Notrecht eröffnet werden sollen.

Die Gemeinden werden damit vor grosse Herausforderungen gestellt. Zivilschutzanlagen sollen innerhalb weniger Tage bis Wochen bezugsbereit sein. Für minderjährige Asylsuchende muss für eine geeignete Schulbildung und Betreuung gesorgt werden, teil-

weise sind Sicherheitspatrouillen nötig und mittel- und langfristig kommen Kosten auf die Gemeinden zu durch jene Personen, welche sich nach der Zeit im Erstaufnahmezentrum in der Gemeinde niederlassen.

Wenn der Bund seine Hausaufgaben machen würde, müssten die Gemeinden nicht die Zeche für die Wirtschaftsmigranten zahlen. Würden unechte Flüchtlinge bereits an der Grenze zurückgewiesen und Asylgesuche in Schnellverfahren abgewickelt, wären die Aufnahmezentren weniger überlastet. Es gingen auch weniger Ressourcen für die Bearbeitung von offensichtlich unechten Asylgesuchen verloren und man könnte mehr Mittel für die echten Flüchtlinge aufwenden.

Dafür setzt sich die SVP Kanton Bern ein.

Die Stadt Biel – dank der SP Negativrekordhalter

Die linke Stadtregierung hat nachhaltig gewirkt – im negativen Sinn: Biel weist die höchste Sozialhilfequote der Schweiz und den höchsten Ausländeranteil im Kanton Bern auf. Die Bevölkerung hat genug und wählt immer mehr SVP.



Die einstige Uhrenstadt Biel glänzte vor einigen Jahren mit der Expo. Seither wird viel gebaut in Biel, aber das ändert nichts an der negativen Entwicklung. 2013 hat Biel die 30%-Marke beim Ausländeranteil geknackt. 2014 waren es bereits 31,5%. Die Arbeitslosenquote bewegt sich zwischen 5% und 6% und die Sozialhilfequote zwischen 11% und 12%. Wer in Biel spazieren oder einkaufen geht, hat

manchmal das Gefühl, er sei irgendwo im Ausland unterwegs, in Arabien oder in Afrika. Der islamische Zentralrat, der in Biel seinen Sitz hat, sorgt schweizweit für Aufmerksamkeit.

Wende noch fern

Auf Grund der linken Politik sind in Biel auch die Finanzen knapp und das Geld wird am falschen Ort ausgegeben. Wer es sich leisten kann, zieht von Biel weg. Wer bleibt, wählt mehr und mehr SVP. So ist es der Bieler SVP gelungen, mit Beat Feurer in die Regierung einzuziehen, aber bis zu einer Wende ist der Weg noch weit. Es ist es der Bieler SVP auch bei einigen Sachgeschäften gelungen, Gegensteuer zu geben. So konnte die teure Umgestaltung des Bahnhofplatzes zu einer autofreien Zone verhindert werden. Im Stadtrat kämpfen wir in jeder Budgetdebatte für mehr Ausgabendisziplin, aber die Mehrheiten sind nicht auf bürgerlicher Seite – noch nicht. Wir bleiben dran!

Sandra Schneider, Stadträtin, Biel

Kultur ja – rechtsfreier Schandfleck mitten in der Stadt Bern nein!

Das erste, was Touristen und Reisende nach Bern sehen, wenn sie in den Bahnhof einfahren, ist die Berner Reithalle mit ihren Sprayereien und Transparenten.

Die Reithalle wird als Kulturzentrum von der öffentlichen Hand unterstützt. In Tat und Wahrheit ist es aber ein rechtsfreier Raum, der von Chaoten immer wieder als Rückzugsort genutzt wird. Seit Jahren schaut die Stadt Bern

zu, wie Polizisten und Sanitäter tätlich angegriffen werden. Aber sie unternimmt nichts dagegen.

Die Junge SVP hat deshalb eine kantonale Volksinitiative gestartet mit dem

Ziel «Keine Steuergelder mehr für die Berner Reithalle». Unterschriftenbogen finden Sie auf www.jsvpbern.ch.

Ihre Junge SVP



Senioren am Steuer? Mais oui!

Ich bin grad etwas geschockt. Ein älterer Herr, den ich kenne, muss plötzlich seinen Führerausweis abgegeben, obwohl er nie einen Unfall gemacht und den Sehtest bestanden hat. Sein Blutzucker sei zu hoch oder so etwas.

Anne-Caroline Graber

Es ist kaum zu glauben, was da aus der Bundesverwaltung auf die Senioren zukommt mit dem Via-Sicura-Paket. Die Senioren sollen praktisch pauschal als fahruntüchtig taxiert werden.

Manfred Bühler

Komisch ist nur, dass der Bundesrat gleichzeitig die EU-Normen zur Sehstärke übernehmen will.

Anne-Caroline Graber

Ja, künftig sollen ja schon 50% Sehstärke genügen. Vielleicht erhoffen sie sich so mehr Erträge in den Radarfallen ☺

Manfred Bühler

☺ Oder Mehreinnahmen durch neue Fahreignungstests für Senioren. In einigen Kantonen gibt es ja schon neue, schwierigere Tests.

Anne-Caroline Graber

Ja, Verhältnismässigkeit und Eigenverantwortung gelten heute kaum mehr. Damit wird alles teurer und die Freiheit schwindet. Gut gibt es die SVP, die sich dafür einsetzt, dass auch im Strassenverkehr der gesunde Menschenverstand gilt.

Manfred Bühler

Ja, und die SVP kämpft vor allem entschlossen dafür, dass man den Senioren nicht die Eigenständigkeit und Mobilität wegnimmt.

Anne-Caroline Graber

SVP Sicher.

Wählen Sie

Liste **1** oder **2**



Nationalratswahlen 18. Oktober 2015



Sind tiefere Steuern im Kanton Bern möglich?

Der Kanton Bern muss endlich das Ausgabenwachstum stoppen, um so den nötigen finanziellen Freiraum zu schaffen für die dringend notwendigen Steuer-senkungen.



Sämtliche Erhebungen zeigen deutlich: Der Kanton Bern ist eine Steuerhölle. Der Grund dafür ist die Finanzpolitik – der Regierungsrat versteht unter «Sparen» nicht eine effektive Senkung des Aufwands, sondern bloss einen Rückgang des Ausgabenwachstums. Die aktuellsten Zahlen verdeutlichen den fehlenden Sparwillen der Regierung: Gemäss Budget steigt der Aufwand von 10'590 Mia. (2016) auf 10'985 Mia. Franken (2019)!

Hohe Steuern – verheerende Auswirkungen

Eine nochmalige, ernsthafte Überprüfung der Leistungen des Kantons ist dringend. Im Januar 2014 wurde ein Vorstoss der bürgerlichen Fraktionen mit dem Titel «Nachhaltige Sanierung der Finanzen» deutlich angenommen. Gefordert ist u.a. ein neues Massnahmenpaket mit echten Angebots- und Strukturveränderungen (ASP II). Passt sich seither: nichts. Die hohen Steuern wirken sich verheerend auf die Attraktivität unseres Kantons aus, was sich in der hohen Zahl an Zu-Pendlern zeigt. Ein Verlust an Steuersubstrat ist die Folge und die Unternehmen haben Mühe, Kadermitarbeitende zu rekrutieren. Steuer-senkungen sind deshalb nötiger denn je. Es darf keine weiteren kalten Steuererhöhungen (bspw. Begrenzung Fahrkostenabzug) oder neue Steuern geben. An attraktiven Lagen ist Wohnraum zu schaffen. Unbedingt ist auch die Vermögenssteuerbremse als einziger steuerlicher Standortvorteil beizubehalten.

Bei den Unternehmenssteuern ist die Lage ebenfalls ernst. Der Kanton Bern hat sie anders als viele andere Kantone nicht gesenkt und seine einst gute Position (2005: Rang 7) verloren. Da sich verschiedene Kantone mit Blick auf die Unternehmenssteuerreform III fit machen, verliert unser Kanton zusätzlich an Boden. Der Wegzug von Firmen und der Verlust von Arbeitsplätzen sind die Folgen.

Steuersenkungen wären möglich

Nur schon wenn der Aufwand auf dem heutigen Stand plafoniert werden könnte, wären mit dem prognostizierten Anstieg der Steuereinnahmen genug Mittel vorhanden für gezielte Steuersenkungen. Der Kanton Bern könnte so endlich einen Schritt vorwärts machen und würde für Unternehmen und gute Steuerzahler wieder attraktiver.

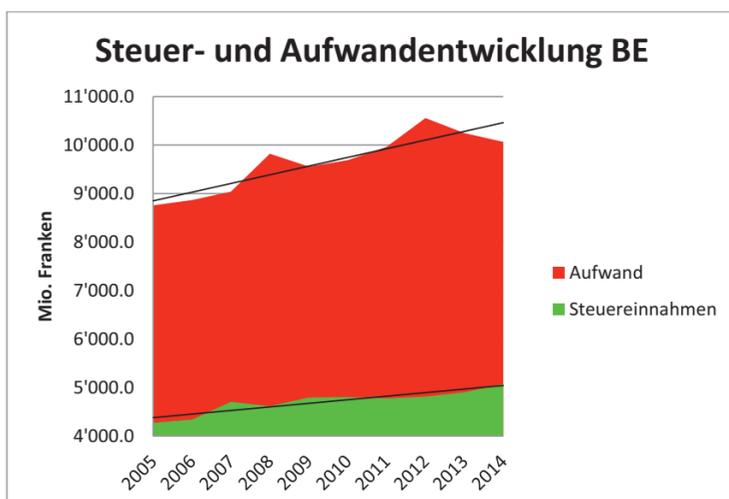
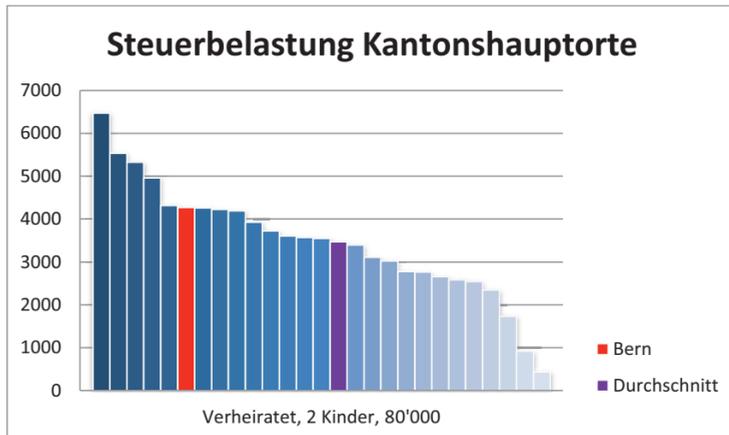
Peter Brand, Präsident SVP Grossratsfraktion, Münchenbuchsee

Steuerlast im Kanton Bern – nach wie vor sehr hoch

Die Bernerinnen und Berner müssen im interkantonalen Vergleich für die Steuern nach wie vor besonders tief in die Taschen greifen. Gemäss dem Steuerausschöpfungsindex 2015 der eidg. Finanzverwaltung EFV hat der Kanton Bern die fünfthöchste Steuerbelastung aller Kantone.

Der Steuerausschöpfungsindex zeigt, wie stark die Steuerpflichtigen insgesamt durch Fiskalabgaben der Kantone und Gemeinden belastet werden. Die Situation ist auch nicht besser, wenn nur die Steuerbelastung der natürlichen Personen betrachtet wird. Auch dort findet sich der Kanton Bern auf den hinteren Rängen und hat eine überdurchschnittliche Steuerbelastung, und zwar sowohl bei ledigen Personen wie bei Verheirateten mit zwei Kindern, und dies selbst bei einem mittleren Einkommen (Zahlenbasis BfS). Bedenklich dabei ist: Die Stadt Bern liegt punkto Steueranlage im steuergünstigsten Fünftel der bernischen Gemeinden, sonst sähe dieser Vergleich noch weitaus schlimmer aus!

Zur Verbesserung der Situation des Kantons Haushalts muss primär die Aufwandseite korrigiert werden, denn sowohl der Voranschlag 2016 wie auch die Finanzpläne der Folgejahre sehen gewaltige Aufwandsteigerungen vor. Die Probleme liegen nicht bei den Steuereinnahmen, welche ebenfalls von Jahr zu Jahr steigen.



Quellen: Bundesamt für Statistik und Finanzverwaltung des Kantons Bern

Arbeitsplätze sichern

Wählen Sie

Liste **1** oder **2**

Nationalratswahlen 18. Oktober 2015

Zum Voranschlag 2016 und Aufgaben-/Finanzplan 2017-2019: Ausgabenwachstum geht munter weiter

Voranschlag 2016 und Aufgaben-/Finanzplan 2017-2019 mit positiven Zahlen und Schuldenabbau sehen nur auf den ersten Blick erfreulich aus. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Zahlen nur deshalb so positiv ausfallen, weil die steigenden Ausgaben mit ebenfalls steigenden Erträgen kompensiert werden. Dem von der Regierung propagierten Grundsatz «kein finanzpolitisches Nachlassen» wird offensichtlich nicht nachgelebt, wenn der Aufwand Jahr für Jahr um durchschnittlich 120 Mio. Franken ansteigen soll!

Die im August 2015 von der Finanzdirektorin präsentierten Zahlen sind auf den ersten Blick erfreulich: schwarze Zahlen in der Erfolgsrechnung und ein Schuldenabbau in der Höhe von 300 Millionen Fr. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch bald klar, dass kein Grund für Euphorie besteht: Die Verbesserung der Finanzlage des Kantons ist vor allem auf nicht durch den Kanton selbst beeinflussbare Einnahmesteigerungen zurückzuführen wie steigende Steuererträge, höhere Zahlungen aus dem Finanzausgleich des Bundes und tiefere Passivzinsen auf den Schulden. Echte Einsparungen erfolgen hingegen nicht. Im Gegenteil, der Aufwand soll in den nächsten vier Jahren jährlich um durchschnittlich 120 Millionen Fr. ansteigen! Und dies trotz fehlender Teuerung und stagnierendem Wirtschaftswachstum. Von Sparen ist weit und breit keine Rede. Einmal mehr wird die Steigerung des Aufwandes durch erwartete höhere Steuereinnahmen finanziert. Für die SVP nicht nachvollziehbar ist die Budgetierung von jährlich 80 Millionen Fr. Gewinnausschüttungen der SNB. Dem klaren Willen des Grossen Rates, künftig nicht mehr mit diesen Geldern zu rechnen, wird somit nicht nachgekommen. Durch die beabsichtigte Schaffung eines SNB-Gewinnausschüttungsfonds versucht der Regierungsrat zudem, einen allfälligen Spardruck im Keim zu ersticken.

Es bleibt einmal mehr die Feststellung, dass der Regierungsrat unter einer Finanzpolitik der «ruhigen Hand» vor allem eines versteht: ja keine Steuer-senkungen. Mit Interesse analysiert nun die SVP die vom Regierungsrat präsentierte Steuerstrategie. Falls im Rahmen dieser Steuerstrategie wirklich Steuer-senkungen erfolgen sollen, sind diese in den präsentierten Zahlen noch nicht inbegriffen und somit würde es auch keine Ertragsüberschüsse und keinen Schuldenabbau geben. Somit ist kaum zu erwarten, dass im Rahmen dieser Steuerstrategie mutige Entscheide für eine Verbesserung der steuerlichen Lage der Berner Unternehmen und Steuerpflichtigen gefällt werden.

Die SVP Kanton Bern wird sich bei der Beratung der Steuerstrategie sowie des Voranschlags und Aufgaben-/Finanzplans dafür einsetzen, dass der Grundsatz «kein finanzpolitisches Nachlassen» endlich angewendet wird. Sie wird deshalb auch die Einführung der Spezialkasse «SNB-Gewinnausschüttungsfonds» entschieden bekämpfen.



Der Kanton Bern vergibt sich mit einer solchen Finanzplanung eine gute Chance, endlich Spielraum zu schaffen für längst fällige Steuer-senkungen.

Erfolgreich gegen Mehrbelastungen im Energiebereich

Seit 2011 stand die SVP mehrfach bei Abstimmungsvorlagen im Energiebereich im Einsatz. Massive Mehrbelastungen in Form von zusätzlichen Stromsteuern, höheren Strompreisen oder Sanierungszwängen konnten verhindert werden.

Zentrale Weichen wurden 2011 in der Abstimmung über das kantonale Energiegesetz gestellt. Durch die Ablehnung der Grossratsvorlage und gleichzeitige Annahme des Volksvorschlags konnten die neu einzuführende Förderabgabe auf Strom (also eine neue Stromsteuer) sowie das Obligatorium für den Gebäudeenergieausweis für Wohngebäude Geak verhindert werden. Das Geak-Obligatorium hätte die Liegenschaftseigentümer über 100 Mio. Franken gekostet, die Stromsteuer hätte teurere Stromkosten für alle Privathaushalte, KMUs und Bauernbetriebe zur Folge gehabt. Durch den angenommenen Volksvorschlag konnte weiter erreicht werden, dass der Nutzungsbonus für Energiesparer und die vorgesehenen Förderbeiträge für Sanierungswillige im Energiegesetz enthalten sind.

Abgewehrt werden konnten auch die kantonale Volksinitiative «Bern erneuerbar» respektive der Gegenvorschlag des Grossen Rates. Beide Vorlagen wollten, dass Bern als einziger Kanton das Heizen mit Öl und Erdgas verbietet und dass der gesamte Strombedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden soll. Allein bei den Privatliegenschaften hätte dies Sanierungskosten von rund 50 Milliarden (!) Franken zur Folge gehabt. Die Stromkosten wären im Kanton Bern enorm gestiegen, was nicht nur die

Privathaushalte, sondern auch die bernische Wirtschaft massiv benachteiligt hätte.

Wussten Sie, dass die Stadt Bern die Hauseigentümer zwingen will, von Öl und Gas auf Fernwärme umzustellen?

Die Berner SVP wehrt sich gegen solche Zwängereien und kämpft für freiheitliche Lösungen!

Ebenfalls abgelehnt wurde die kantonale Volksinitiative «Mühleberg vom Netz». Die sofortige Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg hätte Schadenersatzforderungen und somit eine Mehrbelastung des kantonalen Finanzhaushalts zur Folge gehabt und der fehlende Strom hätte importiert werden müssen, was ebenfalls mit Mehrkosten für alle verbunden gewesen wäre – ganz abgesehen davon, dass ein Teil dieses Stroms aus klimaschädlichen Kohle- und Gaskraftwerken stammen würde.

Die eidgenössische Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer» schliesslich wurde überdeutlich abgelehnt. Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer auf die Einfuhr und die inländische Erzeugung nicht

erneuerbarer Energie hätte gewaltige negative Folgen für die Wirtschaft gehabt und KMUs, Landwirtschaftsbetriebe und die Haushalte, die nicht einfach so auf alternative Energiequellen ausweichen könnten, steuerlich massiv mehr belastet.

Tiefe Steuern sind im Kanton Bern möglich

Die SVP war bei diesen Abstimmungen an vorderster Front dabei. Sie setzte sich in einem engagierten Abstimmungskampf dafür ein, dass im Energiebereich Mehrkosten und neue Steuern verhindert werden konnten und dass die Energiepolitik nicht in die falsche Richtung gelenkt wurde. Die Abstimmungsergebnisse entsprachen ausnahmslos den Parolen der SVP, unsere Argumente vermochten also die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu überzeugen.

Es konnten aber nicht nur Mehrkosten und höhere Steuern verhindert, sondern sogar Steuersenkungen erreicht werden: Die Senkungen der Motorfahrzeugsteuern und der Handänderungssteuer sind dem Engagement der SVP zu verdanken. **Dies zeigt: Anders als oft behauptet, sind auch im Kanton Bern tiefere Steuern möglich – dank einer starken SVP!**



Frankenstärke – Bekenntnis zu einem starken Wirtschaftsstandort nötiger denn je!

Seit der überraschenden Aufgabe der Franken-Euro-Untergrenze durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist ein gutes halbes Jahr vergangen.



turprogramme bringen nichts gegen strukturelle Probleme wie eben die längerfristige Überbewertung des Frankens. Und das Festlegen einer neuen Untergrenze würde der Glaubwürdigkeit der SNB massiv schaden, zumal sie dann gezwungen wäre, noch mehr Euros zu kaufen.

Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik

In dieser schwierigen Situation gibt es für die Schweizer Politik nur eines: ein Bekenntnis zu einer unabhängigen Nationalbank und einem starken Wirtschaftsstandort Schweiz mit einer produzierenden Industrie. Konkret muss den Unternehmen der nötige Freiraum gelassen werden, um flexibel reagieren und sich den neuen Marktgegebenheiten anpassen zu können. Der Staat muss auf teure und unnötige Regulierungen und Experimente (Stichwort «Energiewende») verzichten, Abgaben und Steuern senken, Verwaltung und Bürokratie verschlanken und sich selber einem ähnlichen Fitnessprogramm unterziehen, wie es jetzt unsere Unternehmen machen. Es braucht den ultimativen Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik. Unsere Arbeitnehmer und unsere KMU werden es uns danken.

Lukas Lanzrein, Stadtrat, Thun

Versorgungssicherheit dank einer produzierenden Landwirtschaft

Wie ernährt ein Land seine Bürgerinnen und Bürger? Könnte die Schweiz ihre Selbstversorgung auch während einer Krise in Europa sicherstellen? Haben Sie sich diese Fragen schon einmal gestellt?



Der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz betrug im letzten Jahr nur magere 55%. Dies bedeutet, dass im Fall eines Import-Stopps von Nahrungs- und Futtermitteln nur etwas mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ernährt werden könnte. Das ist nicht genug, selbst wenn man zum Mittel der Rationierung greifen würde. Ein Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 60% ist das absolute Minimum. Wir müssen an unse-

rer Ernährungssouveränität dringend arbeiten und unabhängiger von Importen werden.

Die Basis dazu ist eine moderne Ausbildung der Landwirte mit besonderem Augenmerk auf die Produktion von Nahrungsmitteln im Interesse der Landesversorgung. Dazu gehören aber auch auf die Produktion ausgerichtete Abteilungen und faire Produktpreise. Es kann nicht sein, dass sich vermehrt Landwirte aus Teilbereichen der Nahrungsmittelproduktion zurückziehen müssen aufgrund einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Arbeitsaufwand und Abgeltung.

Nehmen wir das Beispiel Milchwirtschaft: Bereits heute und in naher Zukunft stellen sich viele Landwirte die Frage der Rentabilität eines Milchwirtschaftsbetriebes. Die Milchpreise sinken laufend und die Käse-Exporte in die EU haben sich nicht so entwickelt wie versprochen. Trotz gleich hohem Arbeitsaufwand erhalten die

produzierenden Betriebe immer weniger und die Milch kann nicht zu fairen Preisen abgesetzt werden. Mancher schaut sich nach einer anderen Bewirtschaftung um, muss aber feststellen, dass die produzierende Landwirtschaft gegenüber den Betrieben mit Schwerpunkt Landschaftspflege im Nachteil ist. In der EU produziert die Konkurrenz zudem in Massentrieben, mit denen wir in der Schweiz nicht mithalten können und wollen, wenn wir an das Tierwohl und die Gesundheit der Bevölkerung denken.

Hier sind wir in der nächsten Legislatur gefordert, dass die Selbstversorgung unseres Landes verbessert wird und dass sowohl die Ausbildung, als auch die nationalen Programme auf eine produzierende Landwirtschaft ausgerichtet werden. Das Ziel müssen leistungsfähige Familienbetriebe als Teil unserer Schweizerischen Wirtschaft sein.

Andreas Aebi, Nationalrat, Alchenstorf



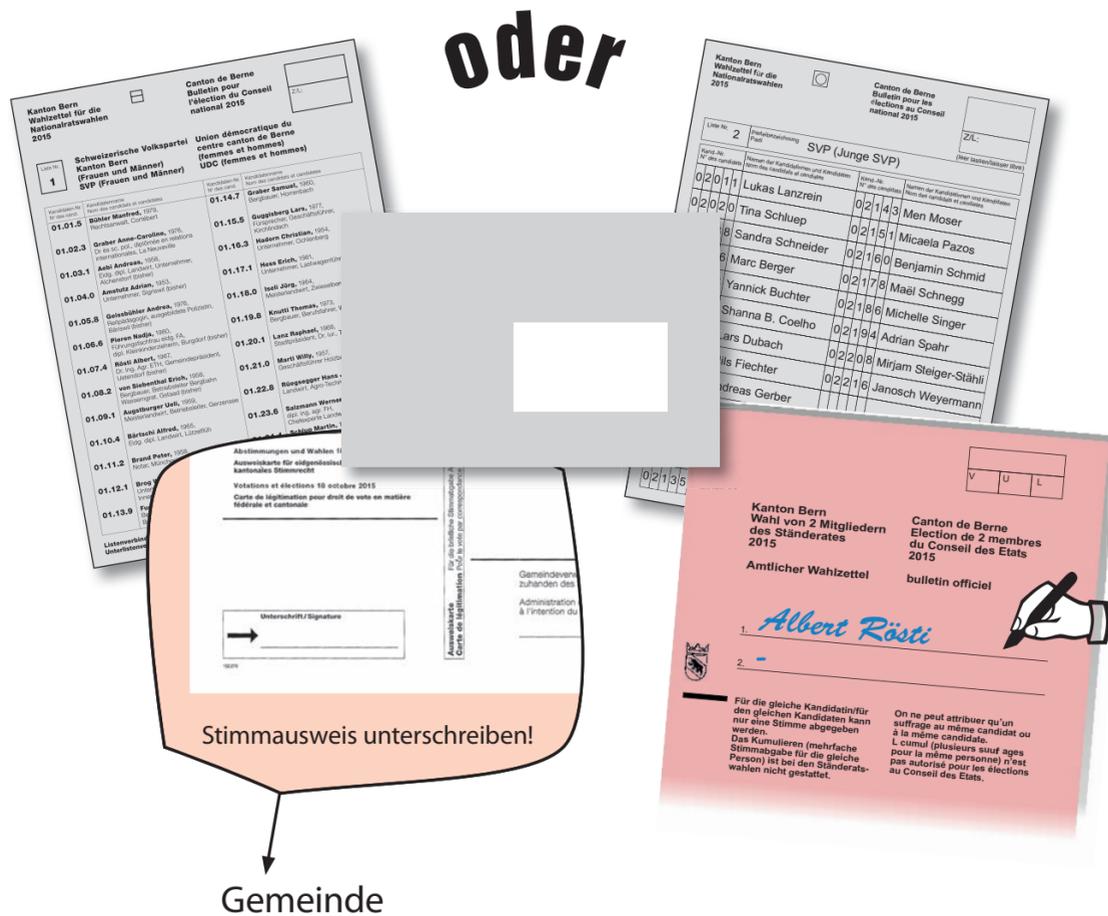
Wählen Sie in 3 schnellen Schritten



- Schritt 1** Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den vordruckten Wahlzettel Liste 1 oder 2 für die Nationalratswahlen.
- Schritt 2** Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den leeren Wahlzettel für die Ständeratswahlen und schreiben Sie den Namen «Albert Rösti» darauf.
- Schritt 3** Unterschreiben Sie den Stimmausweis und bringen Sie ihn zusammen mit den beiden Wahlzetteln an die Urne oder legen Sie alles in das Wahlkuvert für die briefliche Wahl.

Achtung!

- Sie helfen uns am besten, wenn Sie die SVP-Liste unverändert einwerfen.
- Wenn Sie für die Nationalratswahlen den leeren Wahlzettel benutzen, vergessen Sie nicht, oben «SVP» und die Listennummer 1 oder 2 einzutragen.
- Wenn Sie brieflich abstimmen, reichen Sie das Kuvert bis zum Donnerstag, 15. Oktober 2015 bei der Gemeinde ein.



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Avez-vous des questions concernant les élections?

Wählen Sie die Gratis Hotline **0800 002 444**

Mobilisierungsfest

Samstag, 3. Oktober 2015 in Biel

10.30 – 13.30 Uhr

Kommen auch Sie an die Nidaugasse zu gratis Risotto.

Mit viel SVP-Prominenz und der bekannten Big Band History Swingers!



www.svp-bern.ch

History Swingers BIG BAND